Nr. 108 XXVIII. Jahrgang

Sonntag, 25. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13820, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 92 mm breit, M. 1.60, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 30.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten, Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

San Remo

Entwaffnung oder Besetzung des Ruhrgebiets?

Die Konferenz in San Remo läßt, soweit die vorliegenden Meldungen erkennen lassen, unter der Wirkung der letzten deutschen Note, die klarzulegen sucht, daß für Deutschland ein Heer von mindestens 200 000 Mann erforderlich ist, wenn Ruhe und Ordnung im Reiche garantiert werden soll. Diese Note soll in San Remo auf englischer und italienischer Seite ohne Ueberraschung und sogar mit einem gewissen Wohlwollen aufgenommen worden sein. Auf französischer Seite behielt man sich jedoch die Bildung einer Meinung bis zur Prüfung dieser Frage durch die Konferenz vor. Eine endgültige Entscheidung scheint noch nicht erfolgt zu sein, daher liegen die widersprechendsten Nachrichten vor, von denen wir die folgenden wiedergeben:

Rotterdam, 24. April. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet aus San Remo: Die Konferenz hat beschlossen, daß gegen Deutschland der Zwang des Versailler Vertrages nicht verlassen werden soll. Die noch nicht von Deutschland erfüllten Vertragsverpflichtungen sollen in kürzester Frist nachgeholt werden, wenn Deutschland die im Vertrag vorgesehenen Zwangsmaßnahmen vermeiden will. — Eine zweite Reuterdepesche meldet aus San Remo: Das deutsche Ersuchen, die Kopfzahl der deutschen Wehrmacht um 100 000 Mann höher zu setzen, als im Versailler Vertrag vorgesehen ist, wurde von der Konferenz noch nicht abgelehnt. Man einigte sich aber, daß die restlose Entwaffnung Deutschlands durch keine deutsche Gegennote und Gegenvorstellungen mehr aufgehalten werden dürfe.

ITA. **Paris, 24. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" meldet aus San Remo, daß die Entsendung der verbündeten Truppen in das Ruhrgebiet nicht diskutiert wird, also nicht in Frage komme. Man werde Deutschland Zeit lassen bis zum 10. Juli, um alsdann auf den Stand in der neutralen Zone zurückzukommen, den der Friedensvertrag festsetzt. Das werde also bedeuten, daß die verlangte dreimonatige Verlängerung des Angustabkommens bewilligt wird. Der „New York Herald" meldet übrigens, daß Lloyd George tatsächlich das deutsche Verlangen, eine Armee von 200 000 Mann zu unterhalten, vor den amerikanischen Journalisten für berechtigt erklärt hat.**

Genf, 24. April. (Eig. Drahtbericht.) Laut Pariser Zeitungen lautet der französische Antrag zur Besetzung der neutralen deutschen Zone dahin, daß bei nicht vollständiger Abrüstung Deutschlands innerhalb sechs Wochen Karlsruhe und Mannheim, bei weiterer Verzögerung innerhalb acht Wochen das Ruhrrevier zu besetzen sei. Havas meldet aus San Remo: Obwohl noch kein Beschluß vorliegt, neigt sich die Auffassung der verbündeten Staatsmänner der französischen Darstellung zu, daß die neutrale Zone von den Alliierten zu besetzen ist. Es bedarf nur noch der geringsten Vertragsverletzung durch Deutschland, um dieses letzte Machtmittel der alliierten Mächte herbeizuführen.

Ein klares Bild kann aus diesen Meldungen nicht gewonnen werden, da sich in keiner Weise daraus ergibt, welches der Hauptziele Frankreichs augenblicklich von den diplomatischen Vertretern der französischen Republik eigentlich verfolgt wird und welches sie nur zum Schein vorschieben — die Entwaffnung Deutschlands oder die Besetzung des Industriegebiets. Eine Meldung aus Kürich schneidet vorsichtig diese Frage wie folgt an: „In der Haltung der französischen öffentlichen Meinung gegen Deutschland macht sich ein Frontwechsel bemerkbar. Während bisher übereinstimmend verkündet wurde, daß nur die vollständige Entwaffnung Deutschlands eine Sicherheit für Frankreich darstelle, erklärten heute plötzlich mehrere offiziöse Stimmen, daß sich diese Entwaffnung praktisch doch niemals durchführen lassen werde und daß Frankreich durch andere Garantien sichergestellt werden müsse." — Diese andern Garantien können nur in einer Besetzung des Ruhrgebiets gesucht werden, wodurch für uns eine noch weit schwierigere Lage erzeugt würde, als wenn wir unser Heer auf 100 000 Mann verringern müßten. Frankreich dürfte es klar sein, daß für uns die Erhaltung einer Wehrmacht von 200 000 und die Erhaltung der Industriegebiete Notwendigkeiten sind, daß wir aber auf keinen Fall das eine mit dem andern erkaufen können. So wird das Ende vom Lied sein, daß Frankreich auf seinem Schein besteht und uns zum Abbau unsrer Wehrmacht zwingen wird, wie sie der Friedensvertrag vorsieht, denn auf die jetzt bemerkbare Unterstützung unsrer Wünsche durch England ist, wenn es ernst wird, wie immer, kein Verlaß.

*

Die Kriegsschuldigenfrage in San Remo

Auf eine Anfrage im englischen Unterhause, ob diejenigen Kriegsschuldigen, die sich nicht vor Gericht wagten, so wie der vormalige Kaiser, ein Asylrecht in Holland finden könnten, erwiderte Bonar Law, der Gegenstand werde voraussichtlich von der Konferenz in San Remo geregelt werden. Einige Gefangene, die auf der Liste der Kriegsschuldigen stehen, seien nicht freigelassen worden.

*

Die Abtragung der Kriegsentschädigung

* **Köln**, 24. April. Wie der „Cologne Post" aus London gemeldet wird, fragte im Unterhaus Lord Curzon, welche Entschädigung Deutschland bisher gemäß dem Friedensvertrag den Verbündeten gezahlt habe. Chamberlain antwortete, es seien beträchtliche Ablieferungen in Materialien, zum Beispiel in Schiffen, Kohle usw. erfolgt. Er sei noch nicht in der Lage gewesen, deren Geldwert anzugeben. Die einzige Barlieferung hätte in der Bezahlung der laufenden Ausgaben der Kommissionen bestanden. Chamberlain fügte hinzu, es sei kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß Deutschland unfähig sein werde, beträchtliche Zahlungen zu leisten, wie solche der Friedensvertrag vorsehe.

*

Italiens europäische Politik

☞ **San Remo**, 24. April. (Von unserm Sonderberichterstatter.) **Nitti bekundete mir in einer Unterredung seine schon an wiederholten Malen geäußerten Anschauungen über den Kurs den Italien bei seiner auswärtigen Politik verfolge. Es gehe bei seinen Bestrebungen durchaus von rein demokratischen Grundsätzen aus. Fern liege es ihm, weiterhin gegen das deutsche oder österreichische Volk irgendwelche feindselige Gesinnung zu hegen. Allein auf die Unschädlichmachung der noch immer nicht ausgeschalteten imperialistischen Einflüsse in der europäischen Politik komme es an. Italien wolle, nachdem der Krieg nun einmal beendet sei, ernstlich den Frieden und werde im besonderen Deutschland mit allen zu seiner Verfügung stehenden Mitteln behilflich sein, damit es den ihm gebührenden Platz in der Welt wieder einnehme. „Europa", so schloß der italienische Ministerpräsident, „wird sein Gleichgewicht erst wieder finden können, wenn Deutschlands Stellung im Konzert der Mächte wieder anerkannt und im besonderen die reichen Quellen seiner Arbeitskraft wieder nutzbar gemacht sein werden. Wir können den Rohstoffreichtum Deutschlands nicht entbehren." Mit diesen Worten läßt sich die Direktive der italienischen Politik wohl am besten umschreiben.**

*

Die Orientfrage

☞ **San Remo**, 24. April. (Von unserm Sonderberichterstatter.) **Der Vertreter Rumäniens, Nubar Pascha, erklärte auf der Konferenz, daß Armenien in der Lage sei, 30 000 Mann gegen die türkischen Streitkräfte, die Erzerum besetzt halten, aufzubringen. Der Oberste Rat hat nunmehr endgültig West- und Ost-Thrazien, einschließlich Konstantinopels, bis Tschataldja, sowie auch Smyrna und die angrenzenden Gebiete Griechenland zugesprochen. In Smyrna sollen nach der Ratifikation des türkischen Friedensvertrages die Wahlen zum Parlament durch die gemischtsprachige Bevölkerung stattfinden. Der Volksvertretung von Smyrna ist das Recht zugebilligt worden, nach zwei Jahren die Aufnahme Smyrnas in den Völkerbund verlangen zu dürfen. Nach der Einverleibung Smyrnas in Griechenland und nach der Aufnahme in den Völkerbund hat die Stadt das Recht, die Entscheidung durch Volksabstimmung herbeizuführen. Der Hafen von Smyrna wird internationalisiert. — Bulgarien wurde der Hafen von Dedeagatsch als wirtschaftliches Ausfallor zuerkannt. Venizelos gab die Erklärung ab, Griechenland sei mit eigenen Kräften imstande, die Besetzung Thraziens, die Verteidigung des Gebietes von Smyrna und die Durchführung der Bedingungen des türkischen Friedensvertrages seitens der Türkei zu erzwingen.**

ITA. **San Remo, 24. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Oberste Rat beschloß, die Schaffung eines bis zum Mittelmeer reichenden Groß-Armeniens auf das Gutachten militärischer Sachverständiger hin abzulehnen.**

*

Die Note über die 200 000 Mann

Von **zuständiger Stelle** wird mitgeteilt: Am 21. d. M. hat die deutsche Regierung den Verbandsstaaten eine Note überreicht über die dauernde Beibehaltung der 200 000 Mann im Heere. Als Begründung ist angeführt, daß 100 000 Mann, die in einzelnen Garnisonen über ganz Deutschland zerstreut werden müßten, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und somit zur Regelung des Wirtschaftslebens, wodurch überhaupt erst die Erfüllung des Friedensvertrages möglich wird, nicht hinreichen.

Mit einer Verschiebung der Bildung des 100 000 Mann starken Heeres auf einen späteren Zeitpunkt, zu dem mit gefestigten Verhältnissen in Deutschland gerechnet werden kann, ist der deutschen und auch den alliierten Regierungen in keiner Weise gedient. Die Einheitlichkeit und Festigkeit des Heeres leidet auf das schwerste unter der Ungewißheit der Zukunft seiner Angehörigen. Die Angehörigen für das 100 000 Mann starke Heer schon jetzt auszuwählen, ist nicht möglich, weil sonst der andre Teil in der Gewißheit baldigen Ausscheidens völlig versagen und statt eines Schutzes eine Gefahr für die Regierung und die ordnungsliebenden Elemente werden würde. Es muß jetzt Klarheit geschaffen werden über die Zukunft der Heeresangehörigen und die Organisation des Heeres, und zwar so bald als möglich, sonst versagt der Schutz des Heeres. Unberechenbar können die Folgen für Deutschland und Europa sein.

Auch unter der Voraussetzung, daß Deutschland ein 200 000 Mann starkes Heer besitzen würde, könnte es als Kampfmacht weder zur Verteidigung noch zum Angriff gegen eine ausländische Macht in Betracht kommen. Ein in seiner Stärke derart beschränktes Heer wird wohl bewaffnete Einfälle kleiner Streitkräfte und Banden zurückweisen können, auch in Anlehnung an die befestigenden Befestigungen auf kurze Zeit einen gewissen Grenzschutz bilden, aber als Verteidigungswaffe gegen einen vorbereiteten feindlichen Einmarsch würde diese Streitkraft völlig unzulänglich sein. Noch weniger aber würde ein Heer von 200 000 Mann, hinter dem keinerlei Reserven stehen und das in seiner Bewaffnung den Einschränkungen unterworfen ist, wie sie der Friedensvertrag vorsieht, irgendwie offensiv verwertet werden können, ganz abgesehen davon, daß gerade bei äußerem Verwicklungen starke Streitkräfte im Innern des Reiches zur Aufrechterhaltung der Ordnung und gesetzmäßigen Verwaltung notwendig werden.

Im 200 000-Mann-Heer ist die Beibehaltung je eines Bataillons schwerer Artillerie für jede der 12 Infanteriedivisionen, von insgesamt acht Fliegerabteilungen und vier Eisenbahnkompagnien beantragt worden. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß schwere Artillerie auch im Bürgerkrieg nicht entbehrt werden kann. Die Aufrührer sind den Regierungstruppen an Zahl bedeutend überlegen und führen ihre Kämpfe nach den Erfahrungen des Stellungskrieges durch Anlegen von Feldbefestigungen. Bei dieser Ueberlegenheit und zur wirksamen Durchführung der Kämpfe müssen die Regierungstruppen über gleichwertige oder überlegene Kampfmittel verfügen. Diese müssen sofort zur Stelle sein, um gleich beim Beginn des Aufstandes die Moral des Gegners zu brechen.

Die Bestrebungen der umstürzlerischen Elemente richten sich in erster Linie auf ein Lahmlegen des Eisenbahnbetriebes, teils aus politischen Gründen, teils um Truppenverschiebungen zu verhindern. Gelingt ihnen dieses, so ist eine schnelle Verlagerung von Truppen nicht möglich und damit ist dem Heere die Möglichkeit genommen, die Ruhe und Ordnung im Lande wiederherzustellen. Es ist deshalb unbedingt notwendig, über Eisenbahnkompagnien zu verfügen, mit denen der Betrieb für Truppenverschiebungen aufrechterhalten werden kann und die auch in der Lage sind, Bahnzerstörungen wiederherzustellen.

Kleine Fliegerformationen würden nur vorübergehend bis zu einer Beruhigung der Lage beantragt. Ihre Aufgaben sind folgende:

1. Aufrechterhaltung der Verbindungen und Beförderung von Nachrichten und Personen bei Störung oder Ausfall der gewöhnlichen Verkehrsmittel (Bahn, Fernsprecher, Telegraph).
2. Aufklärung, Beruhigung, Warnung der Bevölkerung durch Flugblätterabwurf.
3. Erkundung und Ueberwachung staatsfeindlicher Maßnahmen und eigener Truppenbewegungen, Eingreifen in den Straßenkampf.

Der Streit um Syrien

Von unserm F-Mitarbeiter

London, 19. April.

Durch Londoner politische Kreise geht gelegentlich der Konferenz in San Remo die Mitteilung, daß die vorderasiatischen und arabischen Gebietsfragen einer erneuten Untersuchung harren. Berichte aus Damaskus weisen auf die zwingende Notwendigkeit hin, die Differenzen zwischen Frankreich und dem Könige Faisal, womöglich unter Mitwirkung Englands, zu klären. Den Ausgangspunkt dieser Besprechungen bildet zweifellos der Passus in der anläßlich der Unabhängigkeitserklärung Syriens und des Libanons bekanntgewordenen Thronrede Faisals, in der es hieß, daß die französischen und englischen Truppen das dem Könige von Syrien übertragene Gebiet restlos zu räumen hätten. Die französische Regierung ist mit diesem dem Vertrage über Syriens Zukunft zuwiderlaufenden Wunsche Faisals nicht einverstanden, sondern vertritt die Auffassung, daß die französische Besetzungsfrage gemeinschaftlich mit England und dem Berater Faisals zu klären sei. Wie steht es nun mit England in diesem Streite? Der Fall ist für europäische Verhältnisse sehr bezeichnend und aufschlußreich. Die Londoner Regierung ist bereit, die Sache des syrischen Königs zu unterstützen, wenn ... Wenn Faisal, einerseits, in dem Konflikt, der sich zwischen Juden und Muselmanen in Palästina verschärft hat, eine neutrale Haltung einnimmt, das heißt, der englischen Versöhnungsaktion in Palästina keine Hindernisse entgegensetzt. Und wenn Faisal, andererseits, in Mesopotamien der Herstellung verschiedener, unter britischer Aufsicht und nach britischen Plänen zu schaffender Eisenbahntrojekte seine Zustimmung gibt, hauptsächlich, was die Verbindungslinien über Arabien nach Aegypten betrifft. Die englische Regierung interessiert sich in Mesopotamien besonders für die Ausbeutung der sogenannten Mosul-Quellen (Erdöl) und hofft mit den dortigen Erträgen einen Teil der Kosten für die Eisenbahnstrecken aufzubringen. Begreiflicherweise sollen diese Verkehrslinien einen wichtigen strategischen Zweck erfüllen und die feste Verknüpfung Aegyptens zu Lande — mit Persien und weiterhin mit Britisch-Indien — anbahnen. Da vor kurzer Zeit englisch-amerikanische Unterhandlungen über die Mosul-Quellen begonnen haben, so ist anzunehmen, daß die Washingtoner Regierung der von England dem König Faisal vorgeschlagenen Lösung nicht unbeteiligt gegenübersteht.

Die verschärften Notrufe der Pariser Presse über Englands Auftreten in Kleinasien lassen sich um so besser begreifen, wenn man die etwas isolierte Stellung Frankreichs in Kleinasien in Betracht zieht, so, wie sie sich aus den obigen Darlegungen ergibt. Vergeblich sucht die französische Presse ein günstiges Echo in England herauszulocken. Sie verquickt die syrische Frage mit der Konstantinopels, wohl wissend, daß es sich hier um zwei streng voneinander getrennte Dinge handelt. Faisal will die Unabhängigkeit Syriens und der angrenzenden Nebenländer, während sich Frankreich etwas zu früh im Glanze einer über Syrien herrschenden Orientmacht sonnte. Daß man in Paris hinter Faisal den „mißgünstigen John Bull" zu sehen glaubt, ist begreiflich. Die nationalistisch-klerikalen französischen Zeitungen, deren Traum seit jeher das „Katholikenprotektorat" in Syrien war, tun ihr möglichstes, um England so anzuschwärzen, wie in den dunkelsten Tagen von Faschoda. Man ist in Paris soweit gekommen, daß man hinter jedem Ungemach englische Anstiftung sucht. Selbst die Beseitigung eines Pariser Ministeriums, das in London nicht genehm ist, traut man den englischen „Imperialisten" zu ... In der syrischen Frage wird die Konferenz von San Remo schwerlich endgültige Beschlüsse zeitigen können.

Daher taucht neuerdings die Frage auf, welche „Kompensationen" den Franzosen angeboten werden könnten, um sie von der vollen Ausnutzung ihrer Vertragsrechte in Kleinasien (Libanon) abzubringen. Man schlägt zu diesem Zwecke eine bevorrechtete Stellung Frankreichs in Tanger vor, das, nach dem jüngsten in Madrid entworfenen Statut, rein international behandelt werden sollte. Tanger geht einer gewaltigen Ausdehnung als Welthafen und Knotenpunkt wichtiger Eisenbahnlinien entgegen. Es wird Verbindungen mit Südafrika und mit Südamerika erhalten, außerdem plant man einen Schnellbahnverkehr nach London via Madrid, Paris. In letzter Zeit bemühte sich England, die spanische Regierung über „Kompromißvorschläge" zu sondieren, die eine Ausnahmestellung Frankreichs in Tanger ermöglichen könnten. In Madrid sind aber die Ohren bisher taub geblieben. Tanger soll, nach Auffassung der spanischen Regierung, ein rein internationales Statut erhalten, bei dem auch auf die Mittelmächte Rücksicht zu nehmen wäre. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages (Art. 141, 146) enthalten über Tanger keine näheren Angaben. England sucht nun diese streng umschriebene Auffassung der Madrider Kreise zu durchbrechen, um als Schrittmacher Frankreichs in der Tangerfrage aufzutreten. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob die „Londoner Transaktion", deren Tragweite recht bedeutend ist, ihr Ziel erreicht. Der Deutsche kann zufrieden sein, wenn sich die Herren nicht „sur le dos de l'Allemagne" einigen, wie es nach clemenceauistischem Rezepte in allen strittigen Fällen geschehen sollte ...

Die öffentliche Meinung gegen Millerand

Von unserm F-Mitarbeiter

London, 20. April.

Die Frage, in welcher Form die Entente der deutschen Regierung die Forderung der Entwaffnung zur Kenntnis bringen werde, bildet — dem „Manchester Guardian" zufolge — den Gegenstand des Meinungsaustausches in den politischen Klubs. Die Beisprechungen von San Remo würden darüber Aufklärung bringen, meint das genannte Blatt. Die Presse der Arbeitspartei, besonders „Daily Herald", beurteilt die Entwaffnungsfrage sehr skeptisch und meint, man dürfe den Franzosen nicht Gelegenheit bieten, in einem entwaffneten, allen abenteuerlichen Unternehmungen preisgegebenen Deutschland ihr „business" zu betreiben. Wenn es zur Entwaffnung käme, so müsse auch die französische Politik eine wirkliche Stabilität erhalten und zu einem modus vivendi mit Deutschland gelangen: „Deutschland entwaffnen, um die Politik der Drangsalierungen fortzusetzen, kann nicht die Bürgschaft für bessere Zustände in Europa sein."

Neben diesen Erörterungen, die — das sei betont — auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluß üben, steht die viel erörtere Frage im Vordergrunde, ob nicht Deutschland durch völlige „Abrüstung" dem russischen Bolschewismus zum Opfer fallen würde, falls es im Osten zu bösen Konflikten käme. Man äußert in dieser Beziehung in liberalen Kreisen die schlimmsten Befürchtungen. Frankreichs Versicherungen, daß hinter der „bolschewistischen Schreckgefahr bloß der preußische Militarismus lauere", stoßen hier auf starke Zweifel. Die liberalen Kreise mißbilligen eine vollständige Machtlosigkeit Englands in der Entwaffnungsfrage und äußern die Ueberzeugung, Deutschland müsse stets über eigene militärische Kräfte verfügen, um sich zumindest nicht als Boden für europäische Interventionskriege gebrauchen zu lassen. — Die Northcliffeblätter sind dagegen restlos in den Dienst der französischen Sache gestellt und enthalten fast ausschließlich Betrachtungen vom französischen Standpunkte. Die öffentliche Meinung, wie sie sich auf der Straße, in den Geschäften, im Klub kundgibt, äußert sich fast durchwegs mit Widerwillen und Abscheu gegen jeden neuen Gewaltakt, dem sich Lloyd George anschließen würde, „um Frankreich zu beschwichtigen."

*

Die Senegalneger als Kulturkämpfer

Die besondere Kränkung, die Frankreich Deutschland durch die Entsendung farbiger Soldaten in das deutsche besetzte Gebiet zufügt, hat jetzt bezeichnenderweise in England eine Protestkundgebung ausgelöst. Der Vollzugsausschuß der englischen Arbeiterpartei nahm einen Antrag an, wonach gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet Deutschlands bei den Vielverbandsregierungen und beim Völkerbund Widerspruch erhoben und die Zurückziehung der Truppen verlangt werden soll. Das ist gleichbedeutend mit einer scharfen Verurteilung des provozierenden Verhaltens der leitenden militärischen Persönlichkeiten Frankreichs. Die angeblich vornehmsten Schützer europäischer Kultur in Paris müssen sich von ihren Freunden so beschimpfen lassen, daß sie sich in ihrem maßlosen Haß gegen Deutschland zu einer Barbarei haben hinreißen lassen. Daß man auch noch im Frieden Schwarze auf Weiße loslaßt, ist ja an sich bezeichnend. Daß man im Lande Romains Rollands sogar die feine Nuance ersann, in das Elternhaus Goethes Senegalneger zu legen, wird in der Kulturgeschichte Europas den Kulturträgern von der Sorte des Herrn Tardieu und ihrem Stamm eine peinliche Unsterblichkeit sichern. Daß die englische, wie auch die amerikanische Regierung nicht von sich aus energischen Einspruch erhoben haben gegen eine solche Verwendung farbiger Soldaten, lastet ihnen auch ihr Teil an dieser historischen Verewigung.

Hoffentlich holt man wenigstens jetzt das Versäumnis nach durch freimütiges Eintreten für den Antrag der englischen Arbeiterpartei. Die Entente hat so viel moralische Schuld gegen Deutschland seit dem Tage des Waffenstillstandes auf sich geladen, daß sie wahrlich genug Veranlassung hätte, um wenigstens die Schwarzen und ihre Begleiterscheinungen aus dem besetzten deutschen Gebiet verschwinden zu machen. Hier sollten auch die Missionen in Deutschland sich betätigen. Wir nehmen an, daß u. a. die englischen Missionsmitglieder in Dresden auf einem Kulturniveau stehen, daß sie die Sendung der Senegalneger in Deutschland und gegen Goethe richtig würdigen läßt.

*

Die Franzosen setzen sich fest

W. **Frankfurt a. M.**, 24. April. (Eig. Drahtbericht.) Es hat nicht den Anschein, als ob die Franzosen Frankfurt verlassen. Sie geben jetzt Verordnungen heraus, die sich auf die Unterbringung der Mannschaften und der Offiziere beziehen. Subalternoffiziere haben Anspruch auf ein Zimmer, Stabsoffiziere müssen ein Zimmer und einen Toilettenraum erhalten. Die französische Justizbehörde hat einige Räume im Frankfurter Justizgebäude bezogen. Es werden dort täglich Verhandlungen stattfinden.

Der Verein Mitteldeutscher Industrieller, der gestern in Frankfurt tagte, erhob Protest gegen die Besetzung des Maingaues. In der Aussprache war man sehr pessimistisch über die Zukunft der Industrie. — Von den bei den Vorfällen am Schillerplatz am 7. April verletzten Personen sind noch zwei in den Krankenhäusern gestorben, ein Postaushelfer und eine Büglerin, so daß die Zahl der Getöteten sich auf acht erhöht. Außerdem ist noch ein Mann getötet worden, der in dem Tumult von einem Auto totgefahren worden war.

*

Gegen die belgischen Uebergriffe

ITA. **Stolberg**, 24. April. (Eig. Drahtbericht.) Angesichts der Uebergriffe der belgischen Behörden in den besetzten Grenzgebieten, insbesondere in den Kreisen Eupen, Malmedy und Monschau, haben sich die Interessenvertretungen der gesamten erwerbstätigen Bürgerschaft Stolbergs genötigt gesehen, einen energischen Protest durch die Presse sowie durch die Anschlagsäulen zur Kenntnis der zuständigen Stellen zu bringen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200425/1